

**ARBEITENDE UND LERNENDE
JUGEND:**

IJV KIEL



WAHLPROGRAMM

DES INTERNATIONALEN JUGENDVEREIN

WER SIND WIR?

Der Internationale Jugendverein schafft eine Perspektive für alle jungen Menschen, die in einer Welt ohne gesellschaftliche, politische und ökonomische Unterdrückung und Ausbeutung leben wollen. Auch wenn die herrschende Politik mit allen Mitteln die Entpolitisierung, Isolierung und Spaltung vorantreibt, erkennen wir, dass eine bessere Zukunft nur im gemeinsamen Kampf zu erreichen ist.

Ob in der Schule, Studium oder Ausbildung, wir Jugendliche werden in erster Linie auf den Arbeitsmarkt vorbereitet. Die starren Inhalte lassen keinen Raum für Entfaltung und eigene Interessen. Die Unterfinanzierung, auch unserer Hochschule, führt zu ungleichen Bedingungen und viele von uns fallen durch das Raster. Ausbildungsorte dürfen keine Lernfabrik sein, aus der wir als Produkte für den Arbeitsmarkt ausgespuckt werden – wir brauchen ein Bildungssystem, indem wir im Mittelpunkt stehen und nicht unsere potenzielle Arbeitskraft.

Deshalb setzen wir uns als HSG des Internationalen Jugendvereins für eine vernünftig ausfinanzierte Hochschule, Mensapreise, die wir Studierende bezahlen können und eine Hochschule ein, an der wir statt Stress und Druck unseren Interessen volle Aufmerksamkeit schenken können. Außerdem wollen wir einen Ort, an dem wir frei unsere Meinung äußern können und für Rassismus und Spaltung keinen Platz ist.

WARUM ÜBERHAUPT WÄHLEN GEHEN?

StuPa-Wahl? Was ist das nochmal und warum sollte ich da mitmachen? Genau solche Fragen hören wir oft, wenn wir mit unseren Kommiliton*innen über das Studierendenparlament sprechen. Wir wollen dich davon überzeugen, dass es Sinn macht, zur Wahl zu gehen – und im besten Fall: uns zu wählen. Kurz gesagt: Das Studierendenparlament ist unser Sprachrohr. Es besteht aus 21 gewählten Studis – und Du kannst entscheiden, wer da drinsitzt.

Das Krasse: Letztes Jahr lag die Wahlbeteiligung bei 14,21% (<https://studiwahlen.uni-kiel.de/wp-content/uploads/2023/06/Vorlaeufiges-Endergebnis-StupaWahl-2023.pdf>). Dabei wählt das StuPa den AStA und entscheidet über die Gelder, die jeder von uns mit seinem Semesterbeitrag für die Verfasste Studierendenschaft zahlt. Mit diesen Möglichkeiten können wir unsere Stimme erheben und Themen am Campus stark machen, die uns alle betreffen – seien es steigende Preise in den Mensen und zu wenig Wohnraum, wogegen wir Kampagnen organisieren, oder politische Probleme wie Rassismus und Spaltung am Campus.

Kultur muss wieder bezahlbar werden! Kino, Theater, Konzerte – warum nicht direkt auf dem Campus? Dir fehlen bestimmte Themen in der Lehre? Dann holen wir spannende Gäste an die Uni, organisieren Vorträge, Diskussionen, Workshops. Du hast keinen Bock mehr auf heruntergekommene Freiräume mit kaputten Möbeln? Können wir ändern. Mit dem Geld können wir Lern- und Aufenthaltsräume schöner und nutzbarer machen – Orte, an denen man sich gern aufhält und miteinander in den Austausch kommt.

Das StuPa ist das, was wir draus machen. Wir haben Ideen, wir haben Motivation, denn hier läuft einiges falsch an der Uni – und wir wollen was bewegen. Aber damit das klappt, brauchen wir Dich. Also: **Wähl Arbeitende und lernende Jugend: IJV Kiel!** Aber wir wollen nicht nur deine Stimme – dieses Semester ist der Moment, mit uns aktiv zu werden.

Dafür treten wir an!

Wir fordern: Einen Mensapreisdeckel!

Viele von uns merken es täglich: Ein warmes Essen in der Mensa wird zum Luxus. Selbst der SH-Teller, eigentlich die günstigste Alternative, kostet seit diesem Semester 2,75€. Und der Streetfood-Teller knackt sogar locker die 5-Euro-Marke. Dabei sollte die Mensa ein Ort sein, der uns durch den Studienalltag trägt – mit gutem und bezahlbarem Essen.

Und bei der Mensa hört es nicht auf. Gelehrt wird in maroden Gebäuden, gelernt mit unzuverlässigem Campus-WLAN.

Das alles ist kein Zufall – es ist das Ergebnis jahrelanger Sparpolitik auf Kosten der Bildung. Während die Regierung lieber Milliarden in die Rüstung steckt, werden für uns die Semesterbeiträge erhöht. Gleichzeitig fehlt es an allem, was für ein gutes Studium nötig ist.

Es geht nicht nur ums Mittagessen – es geht um unsere Zukunft. Wenn an Bildung gespart wird, werden Chancen verbaut, Perspektiven eingeschränkt und gesellschaftliche Ungleichheiten verschärft. Bildung darf keine Ware sein und muss endlich wieder Priorität haben!

Deshalb fordern wir: Bezahlbares Essen in der Mensa und ein Ende der Sparpolitik für Bildung und Infrastruktur. Denn gute Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen!

Wir fordern: Selbstverwaltete Orte von Studierende für Studierende!

Der Campus ist der Ort, an dem wir den Großteil unseres Tages im Semester verbringen. Trotzdem gibt es an der CAU keinen einzigen gemütlichen Raum, der von Studierenden selbst organisiert und genutzt werden kann. Neben der Mensa gibt es zwar einige Bäcker oder Cafés, die vermeintlich Rückzugsorte für uns Studierende sein sollten. Ab dem 15. Des Monats können sich diese aber auch nur noch die Wenigsten von uns leisten. Die Eintrittskarte für diese Läden ist, dass wir die Hälfte unseres eh schon knapp bemessenen BAföG an die Profite von riesigen Bäckereiketten abtreten.

Dabei zeigt eine Umfrage von 2024: 92% der Studierenden an der CAU würden gerne mehr Zeit an dem Campus verbringen – nur fehlen die passenden Angebote ([https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Uni-Kiel-Studierende-fordern-mehr-](https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Uni-Kiel-Studierende-fordern-mehr-Platz,regionkielnews686.html)

[Platz,regionkielnews686.html](https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Uni-Kiel-Studierende-fordern-mehr-Platz,regionkielnews686.html)). Die Universität ist mit 27.000 Studierenden längst über ihre ursprüngliche Kapazität hinausgewachsen, dennoch gibt es kaum Aufenthaltsorte außerhalb von Vorlesungs- und Seminarräumen.

Wäre das nicht genug, sind die Wartelisten für die viel zu wenigen Studiwohnheimplätze hoffnungslos lang.

Es ist kaum möglich, mit dem im BAföG bemessenen Anteil auf dem freien Wohnungsmarkt ein Zimmer zu finden, das man bezahlen kann.

Wir brauchen neben bezahlbarem Wohnraum Orte, an denen wir uns selbst organisieren, lernen, austauschen und Kultur schaffen können – unabhängig von Konsumzwang, Profitlogik und Öffnungszeiten. Ein lebendiger Campus braucht Platz für studentisches Leben!

Wir fordern: Eine Zivilklausel an unserer Hochschule!

Forschung, Studium und Lehre sind zivil, dienen friedlichen Zwecken und sind frei von Kooperation mit Rüstungskonzernen und militärischen Akteuren.“ Das sollte selbstverständlich sein.

Bereits 2014 stimmten 4000 Studierende für die Aufnahme dieser Selbstverpflichtung in die Grundordnung der CAU. Eine solche Zivilklausel existiert an bereits über fünfzehn deutschen Unis (<https://dfg-vk.de/positionen-von-a-z/zivilklausel-an-hochschulen/>). In Kiel nicht. Und dass, obwohl das Motto der CAU „Frieden ist das höchste Gut“ lautet. Kein Wunder, denn Drittmittel für militärische Forschung fließen reichlich.

Gerade in Zeiten massiver Aufrüstung braucht es an den Unis ein klares Gegengewicht: Forschung für den Frieden, nicht für den Krieg. Denn: Waffen haben die Kernfunktionen zu zerstören und zu töten. Wer militärisch forscht, bereitet den nächsten Krieg vor.

Während Sondervermögen für die Bundeswehr, atomare Teilhabe und die Rückkehr zur Wehrpflicht im öffentlichen Diskurs kaum hinterfragt werden, sagen wir: Schluss damit! Eine Zivilklausel ist ein dringend nötiges Signal gegen Aufrüstung und für Frieden und soziale Verantwortung. Die CAU sollte ein Ort des Lernens und der Kritik sein. Keine Handlangerin der Rüstungsindustrie.

Anstatt die Ressourcen für Zwecke zu nutzen, die uns Menschen ein friedliches und kooperativeres Leben gestalten, fördert militärische Forschung den Krieg und damit die Entwertung menschlichen Lebens.

Der IJV-Kiel steht für Wissenschaft, die dem Leben dient. Nicht seiner Vernichtung. Statt Forschung für neue Waffen wollen wir Forschung für eine gerechtere, friedlichere Welt.

Wir fordern: Keine Verwaltungsgebühren! Für ein Studium, das sich jeder leisten kann!

Wir kennen es alle: Am Ende des Monats schauen wir mit Bauchschmerzen auf unser Konto. Obwohl mehr als 60 Prozent von uns neben dem Studium arbeiten (https://www.dzhw.eu/services/meldungen/detail?pm_id=1608#:~:text=63%20Prozent%20der%20Studierenden%20gehen,Eiternhaus%20arbeiten%20neben%20dem%20Studium), bleibt davon am Ende kaum oder nichts über.

Zu den Kosten im Alltag, kommen dann auch noch die Semestergebühren, die jedes Semester anfallen. Für das kommende Wintersemester 2025/26 liegt der Beitrag schon bei 302€ (<https://asta.uni-kiel.de/service/semesterbeitrag/>). Das sind schon knapp 30€ mehr als im Semester zuvor (<https://asta.uni-kiel.de/service/semesterbeitrag/archiv/>). Dazu beschließt der Landtag nun auch noch die Einführung einer Verwaltungsgebühr in Höhe von 60€. Dagegen müssen wir uns währen!

Zuerst hieß es, dass die Einführung der Gebühr eine Lücke im Landeshaushalt schließen soll. Doch die Sparpolitik soll nicht auf unserem Rücken ausgetragen werden! Mehr als ein Drittel der Studierenden ist schon jetzt an der Grenze zur Armut (https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/11/PD22_N066_63.html). Und die von uns, die alleine, in WGs oder in winzigen Wohnheimzimmern wohnen, sind sogar zu 75% an der Armutsgrenze. Doch das alles wird von der Regierung ignoriert und die Erhöhung des Semesterbeitrages soll kommen.

Anfang des Jahres sind wir mit rund 2000 Studierenden auf die Straße gegangen, um ein Zeichen gegen die Verwaltungsgebühren zu setzen. Wir waren mit Ständen an der Uni, damit möglichst viele Studierende auf die Petition gegen die Erhöhung aufmerksam werden. Die Petition wurde von über 5000 Menschen mitgezeichnet (<https://www.landtag.ltsh.de/petitionen/uebersicht/>).

Im Endeffekt ist es eine politische Entscheidung, die nicht in unserem Interesse beschlossen wird.

Durch die Beschließung eines Bundes- Investitionspaketes kommen Schleswig-Holstein weitere 280 Millionen Euro über 12 Jahre zu, die in die Infrastruktur investiert werden sollen (<https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Milliarden-Finanzpaket-vom-Bund-Kommt-jetzt-der-Geldregen-fuer-SH-,finanzpaket116.html>).

Doch auch hier entscheiden sich Regierungsparteien aktiv weiter dazu an der Verwaltungsgebühr festzuhalten.

Wir können uns das nicht leisten! Bildung sollte kein Luxusgut sein! Bildung sollte für alle gleichermaßen verfügbar sein, ohne sich nebenbei kaputt zu arbeiten.

Wir fordern: Keine Verwaltungsgebühren an unserer Uni! Was wir brauchen, ist ein inflationsangepasstes und elternunabhängiges BAföG das für mehr als nur das blanke Überleben reicht. Ohne den Zwang neben dem Studium arbeiten zu müssen. Und ohne Begrenzung auf Regelstudienzeit!